

vestitionen; der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Schiller sieht seine Aufgabe darin, sich als Gehilfe des Ultrareaktionärs F. J. Strauß zu betätigen und bei den Gewerkschaften einen Lohnstopp durchzusetzen — während gleichzeitig durch den Staat zusätzliche Milliarden zur Erhöhung der Monopolprofite in die Wirtschaft gepumpt werden.

Sicherung der weiteren Aufrüstung und der Monopolprofite durch Aufgabe der Vollbeschäftigung und Druck auf die Löhne — das ist die Politik, für die sich die sozialdemokratischen Minister hergeben, obwohl ihnen sogar das Godesberger Programm ihrer Partei ein anderes Verhalten vorschreibt.

Die Funktion der sozialdemokratischen Minister in der Kiesinger/Strauß-Regierung des Monopolkapitals besteht darin, dem eigenen Volk und dem Ausland eine „neue Politik“ vorzutäuschen, gleichzeitig über mit aller Kraft zur Festigung der Herrschaft der Monopolbourgeoisie beizutragen und Vorsorge zu treffen, daß die demokratischen Kräfte, vor allem die Gewerkschaften, notfalls mit Gewalt unterdrückt werden könne(n). Die sozialdemokratischen Minister haben sich bereits einverstanden erklärt mit dem Ausbau der Notstandsgesetzgebung, der Wahlrechtsänderung und dem Wirtschaftsermächtigungsgesetz, die grundgesetzwidrig und zutiefst antidemokratisch sind. Die Vertreter jener Partei, die jahrzehntelang mit der Verbreitung parlamentarischer Illusionen den Kampf der Arbeiterklasse behindert hat, sind nun dabei, die Rechte der Parlamente auf der Bundes-, Länder- und Gemeindeebene abzubauen.

Dem westdeutschen Monopolkapital geht es darum, die staatliche Ordnung den Erfordernissen seiner aggressiven Politik anzupassen. Es geht um die völlige Unterordnung aller gesellschaftlichen Potenzen unter das Primat der Expansionspolitik.

Ein solcher reaktionärer und aggressiver Kurs, der infolge der Haltung der rechtssozialdemokratischen Führung auf keine parlamentarische Opposition stößt, fördert zwangsläufig den Neonazismus. Das alarmierende Wiederaufleben des Nazismus ist die direkte Folge sowohl der innenpolitischen als auch der außenpolitischen Zielsetzung des westdeutschen Finanzkapitals in der gegenwärtigen Etappe seiner Entwicklung. Im Neonazismus äußert sich das aggressive, reaktionäre, demokratiefeindliche Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik! Der Neonazismus wurde, wie die 14. Tagung feststellte, durch die nationalistische Revanchepolitik der CDU/CSU gezeugt. Er ist das Produkt des Antikommunismus.

Zwei Jahrzehnte nach der größten Katastrophe, in die der deutsche Im-